

EDWIN HOERNLE

1. Jahr Bodenreform

„Undersohgetisdfeu Besafei/Agatschads“



Durch die große demokratische Bodenreform, deren Durchführung alle fortschrittlichen demokratischen Deutschen mit Recht als Markstein in der geschichtlichen Entwicklung Deutschlands betrachten, ist hier ein grundsätzlicher Wandel eingetreten. Das preußische Junkertum ist als Klasse liquidiert worden. Und dies nicht etwa durch einen diktatorischen Eingriff der Sowjetischen Militärverwaltung, sondern durch die jungen demokratischen Selbstverwaltungskörperschaften des deutschen Volkes selbst, die sich dabei allerdings dankbar der wohlwollenden Unterstützung durch die Sowjetische Militärverwaltung bedienten. Es ist eine der vielen infamen Lügen, die von interessierter Seite gegen die junge deutsche Demokratie in der sowjetischen Besatzungszone geschleudert werden, zu behaupten, die demokratische Bodenreform sei das künstliche Produkt eines „Befehls von oben“. Im Gegenteil: Die Bodenreform ist eine uralte Forderung der ostdeutschen Landarbeiter und Kleinbauern, deren erste artikulierte Regungen bereits um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts hörbar wurden. Abschüttelung der feudalen Lasten und Aufteilung des Großgrundbesitzes waren schon 1848 die Grundforderungen der deutschen Kleinbauern und Landarbeitermassen. Sie kehrten wieder in der „Bodenreform“-Bewegung gegen Ende des Jahrhunderts. Sie erwachten zu neuem stürmischem Leben gegen Ende des ersten Weltkrieges, wo sie durch das „Reichssiedlungsgesetz“ von 1919 beschwichtigt wurden. Sie meldeten sich wieder heftig kurz vor Hitlers Machtantritt während der großen Weltwirtschaftskrise 1929—32. Sie wurden von den Nazis 1933 und 1934 als besonders zugkräftige Wahlparole schändlich mißbraucht. Sie fanden bereits im August 1945 erneut wieder spontanen Ausdruck in Hunderten von Landarbeiter- und Kleinbauernkundgebungen von Mecklenburg bis Ostsachsen, von Thüringen bis Vorpommern.

Anläßlich des Jahrestages der Verkündung der Bodenreformverordnungen in den Ländern und Provinzen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands hat uns auf unsere Bitte der Präsident der Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Genosse Edwin Hoernle, nachstehenden Artikel zur Verfügung gestellt. Red.

„Ostelbien“ — bis Anfang September 1945 war dieser Name für jeden deutschen Demokraten der Inbegriff großagrarischer Rückständigkeit, halbfeudaler Arroganz und volksfeindlicher Reaktion. Ostelbien war die Heimat des „spezifischen Preußentums“, dieser zweihundertjährigen Quelle des Unheils für Deutschland und ganz Europa. Von hier aus hatte der preußische Militarismus seine brutalen Eroberungszüge organisiert, zuerst gegen das übrige Deutschland selbst, dann gegen Polen, Österreich, Frankreich, zuletzt gegen die ganze gesittete Menschheit. Die soziale und politische Macht des preußischen „Junkertums“ beruhte, wie schon Friedrich Engels vor mehr als 50 Jahren nachwies, auf der, historischen Tatsache, daß die feudalen Großagrarier östlich der Elbe wie in keinem anderen Gebiete Deutschlands massiert herrschten und es verstanden hatten, mit Hilfe ihrer privilegierten Herrenstellung in Gesellschaft und Staatsapparat die fortschrittlich industrielle Entwicklung, die sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts sonst überall in Deutschland durchsetzte, von diesem ihrem Eldorado fernzuhalten.

In „Ostelbien“ gab es bis gestern nur einen geringen Mittelstand und wenige Industriearbeiter. Das flache Land dominierte, und auf dem flachen Lande standen sich schroff gegenüber: Herrenhaus und Landarbeiterkate oder „Sehnitterkaserne“. Die wenigen Großstädte, vor allem Berlin, lagen wie Inseln in dem öden Meere des fast rein agrarischen Hinterlandes. Nirgends — das hochindustrielle Ruhrgebiet der Rüstungsindustriearbäre im Westen ausgenommen — gab es so scharfe Klassengegensätze wie östlich der Elbe.

Es kann, um jeder reaktionären Legendenbildung von vornherein den Mund zu stopfen, nicht scharf genug unterstrichen werden: Die demokratische Bodenreform in der Ostzone Deutschlands, wie sie seit Anfang September 1945 Wirklichkeit wurde, hat den uralten Traum von hunderten-tausenden deutschen Landarbeitern, kleinen Pächtern, landlosen und landarmen Bauern zur Wahrheit gemacht. Die neuen Landes- und Provinzialverwaltungen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands hätten einfach ihre demokratische Pflicht nicht erfüllt, hätten sie nicht, dem Rufe der landhungrigen Massen folgend, mit ihren Verordnungen von Anfang September 1945 das auf eine juristische Formel gebracht, was sonst von den Massen selbst regellos und ohne Führung eines Tages notgedrungen vollbracht worden wäre. Dies umsomehr, als gerade damals die langen Elendstrecken heimatloser Umsiedler sich in unsere Zone ergössen, denen Brot, Arbeit und Heimat zu geben unsere unaufschiebbare, nationale Pflicht war.

Der Provinz Sachsen gebührt die Ehre, als erste am 3. September 1945 die Bodenreform in ihrem Amtsbereich in Gang gesetzt zu haben.

Seit Beginn der Bodenreform ist „Ostelbien“ nicht mehr ein reaktionärer, sondern ein fortschrittlicher Begriff in Deutschland. Schon in ihrer ganzen Ein- und Durchführung war die Bodenreform eine Tat fortschrittlicher Menschen, nicht allein in ihren Ergebnissen. Im Unterschied zu allen sonstigen „Bodenreformen“ und „Siedlungs“-Gesetzen in